

Anfrage

der Abgeordneten Mag.^a Indra Collini an Landesrat Gottfried Waldhäusl gemäß § 39 Abs. 2 LGO 2001

betreffend

„Überführung von 405 Asylwerber_innen aus diversen Unterbringungsformaten in landeseigene Betreuungsstellen“

Am Freitag dem 04.05.2018 hätten - nach dem Willen von Landesrat Gottfried Waldhäusl - 405 Asylwerber_innen in landeseigenen Betreuungsstellen Unterkunft nehmen sollen.

Diese Maßnahme traf nicht nur den Adressatenkreis der Asylwerber_innen, sondern auch interessierte Beobachter des niederösterreichischen Umgangs mit Asylwerber_innen überraschend und ging mit teils harscher Kritik einher.

<https://derstandard.at/2000079423932/Christian-Konrad-Asylsammelquartiere-sind-unerfreulich-und-inhuman>

Auffallend ist die kurze Frist, die den Menschen für ihren Umzug in landeseigene Versorgungseinheiten gewährt wurde (Ausendung des „Briefes“ am 27.04.2018 – Eintreffen in den Einrichtungen 04.05.2018).

Auffallend ist die tendenziöse Wortwahl im Vorfeld der Aktion, wo im Zusammenhang mit dem Bezug der Grundversorgung durch Asylwerber_innen in laufenden Verfahren von „Sauhaufen, den es gelte aufzuräumen“ die Rede war.

Auffallend ist aber auch, dass bereits heute, wenige Tage später, klar ist, dass die Aktion offenbar nicht das gewünschte Ergebnis erzielt hat, so wären lediglich 80 von 405 betroffenen Personen dem Aufruf zur Verlegung gefolgt.

<https://kurier.at/politik/inland/waldhaeusl-zwischenbilanz-80-von-405-abgelehnten-asylwerbern-umgesiedelt/400031617>

Um die Hintergründe für diese Aktion besser einschätzen zu können, vor allem aber auch, um die Frage nach dem rechtlichen Rahmen klären zu können, wird die gegenständliche Anfrage erforderlich, zumal aus dem Büro Waldhäusl auf die Bitte der Fraktionsobfrau der NEOS um Informationen nicht reagiert wurde.

Die Gefertigte stellt daher an Landesrat Gottfried Waldhäusl folgende

Anfrage:

1. Welchen Inhalt hatte das Schreiben, in dem die Asylwerber_innen zum Umzug in die Grundversorgungsquartiere aufgefordert wurden? Wie war der exakte Wortlaut (Kopie des Schreibens)?
2. Welchen Personen wurde dieses Schreiben zugestellt (Aufgliederung nach Nationalitäten und Ethnien)?
3. Wurde die Aufforderung zum Umzug entsprechend der ethnischen Verteilung des Adressatenkreises in die jeweilige Sprache des Herkunftsstaates übersetzt?
4. Auf welcher gesetzlichen Grundlage erfolgte die Aufforderung zum Umzug?
5. Wie erfolgte der Zustellungsnachweis?
6. Wie viele Personen konkret, sind zum intendierten Datum der Aufforderung zur Übersiedlung in die jeweiligen Quartiere gefolgt?
7. Welche Verfahrensschritte werden im Zusammenhang mit jenen Personen, die der Aufforderung nicht nachgekommen sind, gesetzt?
8. Auf welcher gesetzlichen Grundlage basieren diese?
9. Welche Verfahrensschritte werden im Zusammenhang mit jenen Personen, die der Aufforderung nachgekommen sind, gesetzt?
10. Auf welcher gesetzlichen Grundlage basieren diese?
11. Wurde die Aktion mit den anderen Mitgliedern der Landesregierung besprochen und fand diese die Zustimmung aller Beteiligten?